

ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An die
ParlamentsdirektionWien, am 4. Oktober 1994
HöParlament
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 56	-GE/19-14
Datum: 17. OKT. 1994	
Verteilt 19. Okt. 1994	

Bezug : GZ 671.800/92-V/8/94Betr.: Entwurf einer begleitenden Bundes-Verfassungsgesetz-
Novelle zum Beitritt Österreichs zur EU

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

wHR.Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Franz Romeder

Beilage

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An das
Bundeskanzleramt

Wien, am 4. Oktober 1994
Hö

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bezug: GZ 671.800/92-V/8/94

Betr.: Entwurf einer begleitenden Bundes-Verfassungsgesetz-
Novelle zum Beitritt Österreichs zur EU

Sehr geehrte Herren !

Zu dem uns übermittelten Gesetzesentwurf erlaubt sich der Österreichische Gemeindebund folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Die Aufnahme einer Bestimmung: "Österreich ist Mitglied der Europäischen Union" erscheint nicht notwendig, da Österreich auch Mitglied internationaler und supernationaler Organisationen, wie z.B. der UNO, ist, ohne daß dies in der Bundesverfassung angeführt ist.
2. Bezüglich der Anklage gemäß Art. 142 Abs.2 lit. c gegen einen gemäß Art. 23b Abs. 3 ermächtigten Vertreter der Länder wegen Gesetzesverletzung, erscheint es im Hinblick darauf, daß die Wahrnehmung dieser Befugnis durch Beteiligung und Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgt, zweckmäßig, wenn die Anklage durch die Bundesregierung unter Zustimmung des Bundesrates erfolgt.
3. Gemäß Art. 23c Abs.4 haben der Österreichische Städtebund und Österreichische Gemeindebund gemeinsam drei Vertreter als Mitglieder des Ausschusses der Regionen vorzuschlagen. Die gemeinsame Namhaftmachung von Vertretern durch den Gemeindebund und Städtebund erscheint nicht unproblematisch, da beide Bünde nicht in allen Bereichen gleiche Intentionen haben. Es wird daher gefordert, daß der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund je einen Vertreter selbstständig vorschlagen können und nur der dritte Vertreter von den beiden Interessensvertretungen gemeinsam namhaft gemacht wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

WHR.Dr.Robert Hink

Der Präsident:

Franz Romeder